

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitstage 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schäftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhorst 17. Fernruf 1366 und 3357. Schluss der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 7

Duisburg, den 16. Februar 1924

25. Jahrgang

Wirtschaftsschwierigkeiten Arbeitslosigkeit und Mehrarbeit

Wir müssen uns als Gesamtvolk bei allen wirtschaftlichen Fragen und daher auch bei der Frage der Arbeitszeit immer wieder zwei Momente scharf ins Gedächtnis rufen:

1. Wir haben den ungeheuersten Krieg verloren;
2. Wir müssen riesige Reparationen leisten.

Es hat oft den Anschein, als ob diese beiden Kardinalpunkte unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens gar nicht genügend beachtet würden und man einfach wieder da anfangen könne, wo man 1914 aufgehört habe. Wir sind durch Länderverluste und Rohstoffverluste durch die zu leistenden Summen und die Schwere der Erschlungen das ärmste Volk Europas geworden. An dieser Tatsache ändern auch die reichgewordenen Schieber nichts. Im Gegenteil, ihre Existenz ist ein Beweis für unsere innere Armut. Ein ganzes Jahr hat jetzt die gesamte Industrie still gelegen, unsere Ausfuhr ist auf den Nullpunkt zurückgegangen. Wir müssen aber exportieren, wenn wir leben, die Rentennorm stabil und einer neuen Inflation entgegen wirken wollen. Vermehrter Export bedingt vermehrte Produktion. Wir produzierten 1913 19 Millionen Tonnen Rohstoffe und Rohstoffe, im Jahre 1923 nicht ganz 3 Millionen Tonnen. Wir exportierten 1913 für 83 Goldmillionen allein an Maschinen auf den Weltmarkt, 1923 kaum den fünfzehnten Teil. Der starke Export im Frieden brachte Geld, Arbeitsmöglichkeit, annehmbaren Lohn. Der gesteigerte Export der Inflationszeit war nicht auf die starke Produktion zurückzuführen, sondern er war einfach ein Ausverkauf deutscher Güter zu Schleichpreisen, gegen den sich die Außenhandelsstellen auch im Interesse der deutschen Arbeiterkassen wehrten.

Als neue Belastung der Industrie, die sich unsere Kollegen auch vor Augen führen müssen, denn sie trifft ja nicht nur den Unternehmer, sondern in gleichem Maße die Arbeiterkassen und die konsumierende Bevölkerung, sind die Währungsverträge. Diese Verträge sind für fast alle Industrien des besetzten Gebietes abgeschlossen worden. Die Verträge sehen bei der Kohlenindustrie vor, daß 40 Prozent des Wertes der gewonnenen Kohlen an die Ententeländer abgeführt werden müssen. Die Belastung die sich aus diesen Verträgen für die deutsche Kohlenindustrie ergibt, beläuft sich auf etwa 50-55 Goldmillionen monatlich. Ähnliches ergibt sich für die chemische Industrie, die Braunkohlen-, Zucker- und Holzindustrie. Ebenso sind die Schwermetalle für die Eisen- und Metallindustrie sehr groß. Infolge der riesigen Belastung der Kohle ließe Tonne Kohlen ist mit 8,50 Goldmark (behalten belastet) wird auch die Schwerindustrie sehr betroffen. Rechnet man zur Erzeugung einer Tonne Eisen zwei Tonnen Kohlen, so heißt sich die Belastung einer Tonne Eisen allein auf 17,00 Goldmark. Diese durch die Währungsverträge verurteilten Produkte wirken sich aber auch in der weiterverarbeitenden Industrie aus.

Wird diesen durch so schwere Arbeitsbelastungen verteuerten Produkten müssen wir aber auf dem Weltmarkt in Konkurrenz mit den übrigen Industrieländern treten.

Das ist nur erfolgreich möglich durch stark vermehrte und verbilligte Produktion und durch Konsolidierung der Volkswirtschaft. Daraus mitziehen müssen alle. Das Unternehmensrecht durch bessere Organisation innerhalb der Betriebe, durch technische Verbesserungen, durch gesunde Preispolitik, die übrigen Stände durch das, was sie besitzen, durch ihre Arbeitskraft, die vermehrt in den Dienst der Volksgemeinschaft gestellt werden muß. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für die Feuerarbeiter der Achtstundentag eine unbedingte Notwendigkeit ist, wir wissen auch, welche kulturelle Bedeutung der Achtstundentag für die Gesamtarbeiterkassen hat, aber das darf nicht hindern, daß in einer Zeit, wo auf der einen Seite Volkstod und auf der anderen Volksaufstand steht, alle Stände um Volk und Familien halber ihre Pflicht tun müssen, um das Erstere zu verhindern.

Aber, so wird mancher fragen, warum denn bei Arbeitslosigkeit Mehrarbeit, wäre es nicht besser, man würde halt die Arbeitszeit zu verlängern, zunächst mal die Arbeitslosen einstellen. Ein Einwand, der häufig gemacht wird, der aber volkswirtschaftlich nicht haltbar ist. Ein Beispiel bietet die Schweiz. Dort wo sich die sozialistischen Gewerkschaften ihres ausgedehnten Einflusses rühmen, ist in schwerer Wirtschaftslage durch Gesetz vom 12. Juli 1922 der achtstündige Arbeitstag auf drei Jahre durch die Bestimmung außer Kraft gesetzt, daß in Zeiten einer ersten allgemeinen wirtschaftlichen Krise die normale tägliche Arbeitsdauer bis zu 54 Stunden in der Woche für jeden Arbeiter verlängert werden kann. Gerechtigkeit würde die Erteilung dieser einschneidenden Befugnisse in der Weltwirtschaft des Gegenwarts durch die Notwendigkeit, der nationalen Industrie die Herabsetzung ihrer Gestehungskosten und damit einen erfolgreichen Kampf mit dem Weltmarkt des Auslandes zu ermöglichen. Die Erniedrigung der Erzeugerkosten wird die Herabsetzung der Kosten des Lebensunterhalts und die Verschärfung bestehender Arbeitskräfte als erwünschte Folge nach sich ziehen. Den gleichen Weg ging England. Trotz der riesigen Arbeitslosigkeit führte es keine Verkürzung der Arbeitszeit ein, um die Arbeitslosen in der Industrie unterzubringen, sondern beschloß sie von Staatswegen. Aber es steigerte die Produktion, hob den Export und dadurch wurde es möglich, allmählich die Industrie wieder fast vollständig in Gang zu bringen. Die Zahl der Arbeitslosen nahm ständig ab und die Lebensmittelpreise sanken.

Arbeitszeit und Lohn

Sind wichtige Faktoren im Leben des Arbeiters. Aber genau so wichtig sind die:

ideellen arbeitsrechtlichen Erzeugnisse, Koalitionsrecht, Tarifverträge, Schlichtungsweien, Betriebsräte. Dawegen richtet sich der Sturm der Arbeiter. Warum? Sie wissen genau, daß diese Erzeugnisse gefallen. Dann sind auch die Gewerkschaften gefährdet. Und ist die Organisation geschwächt, dann ist die Arbeiterkassen der Willkür preisgegeben. Daher: Metallarbeiter schützt euer Arbeitsrecht durch Stärkung des Verbandes!

Ein anderer Weg wird auch Deutschland nicht übrig bleiben. Für die Erwerbslosen muß in produktiver Erwerbslosenfürsorge und in tätiger Arbeit gefordert werden. Das System der Ruhestiftung war vollkommen falsch. Keine Unterstützung, sondern Lohn und Arbeit, am besten Akkordarbeit für staatliche oder kommunale Zwecke, so muß den Erwerbslosen geholfen werden. Vor allem gilt es, die Industrie flott zu machen und die Kollegen in die Betriebe hineinzubringen. Der sozialistische Metallarbeiterverband bläst den Generalkrieg an, er ist komplett verloren. Unfälligen Schaden hat er der Arbeiterkassen, den Familien und der Wirtschaft gebracht. Und das nennt sich dann noch Arbeitervertretung. Unsere Kollegen müssen jetzt in den Betrieben für Aufklärung sorgen.

Was sich sozialistisch nennt

Es wird schon was hängen bleiben, sagte sich die Metallarbeiterzeitung, das Organ des sozialistischen Metallarbeiterverbandes Nr. 5, und lacht durch Verleumdungen aller Art sich aus der faulen Situation, in die der D. M. B. im Ruhrgebiet bei der Arbeitszeitregelung durch sein eigenes Verschulden hineingerutscht ist, aus der Affäre herauszuziehen.

Dem D. M. B. ist es scheinbar unverständlich, daß eine Arbeiterorganisation auch wirtschaftlich denken und wirtschaftlich handeln kann. Hat nur in bekannter Phrasenmanier zu machen, um eine leibliche Milderung gegen die Radikalen zu haben. Der Metallarbeiterzeitung will es nicht einleuchten, daß eine Organisation von ihren Kollegen rückwärtslose Willkürforderungen fordert, wenn sie ihrer Rechte wert sein wollen. Nun, innerhalb der sozialistischen Gewerkschaften ist bekanntlich nach ungelohrem Rezept verfahren worden, daher auch der Schlamassel in den eigenen Reihen und die Verwirrung unter den Genossen. Die führenden Sozialisten sollten nur den Mut haben, das auch so offen den Massen zu sagen, dann wäre manches Schlimme für die Arbeiterkassen verhütet worden.

In Ermangelung von besserem Material ist die Metallarbeiterzeitung gezwungen, die alten abgestorbenen Leberheiler aus ihrem Zettelkasten herauszuholen. Auf unsere sachlichen Darlegungen magt sie überhaupt nicht einzugehen, sie weiß, daß sie sich sonst die Finger verbrennt und ihren Genossen das ganze Erbärmliche in der Haltung des D. M. B. vor Augen geführt werden müßte. Also müssen die „Zentrumsverächter“, der „Kaplan auf der Kanzel“, die „Industriellen Zentrumsleute“, Klöbner usw., herhalten, um unseren Verband zu verächtlichen.

Arme Metallarbeiterzeitung, du weißt ja noch gar nicht alles! Wenn du erst ahnest, was sich für Entsetzliches im „schwarzen“ Metallarbeiterverbande vorbereitet! Wir können dir ja noch nicht alle Einzelheiten mitteilen, aber zur Beruhigung und unter dem Siegel der Verschwiegenheit zunächst nur folgendes: Der Industrielle Klöbner will seine Werke dem Christlichen Metallarbeiterverbande schenken, um Sozialisierungszwecken übergeben, selbst aber Lokalbeamter werden. Der Zentrumsmann Reichsminister Marx will noch schnell ein Gesetz durchdrücken, demzufolge alle deutschen Metallarbeiter nur dem christlichen Metallarbeiterverbande angehören dürfen. 10 Prozent der Reichsbeamten sitzen in die Rufe des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Darüber aber sollte sich der D. M. B. eigentlich nicht ärgern nachdem er sich ja bekanntlich so erfolgreich auf der Ruhrseite und anderen Gebieten herumgetummelt hat. Und erst die Geistlichkeit! Aber davon später. Vorläufig diese „Enttäuschungen“. Doch Spaß beiseite!

Man soll es kaum für möglich halten, daß ein ernst sein wackendes Blatt wie die „Metallarbeiterzeitung“ die tödlichsten Ratschläge herausholt, um unserem Verband was ans Zeug zu fluden und über die ganze Schwelgerei den Titel zu setzen: Was sich christlich nennt!

Was sich christlicher Metallarbeiterverband nennt, steht in seiner für Volk und Wirtschaft verantwortungsvollen Handlung klar vor aller Augen. Wir haben kein Schil daraus gemacht, daß — so schwer es auch für den Einzelnen sein mag — vorübergehend zu einer längeren Arbeitszeit gezwungen werden muß, um Volk und Wirtschaft zu retten!

So was nennt sich christlich. Was sich aber sozialistisch nennt, dafür wollen wir auch ein paar Beispiele bringen. Die „Metallarbeiterzeitung“ wird ebenso freundlich und energiegelich im Arbeiterinteresse erlußt, daran nicht wie die Rahe um den heißen Brei herumzugehen.

1. Das Arbeitszeitgesetz sah für die Schwerarbeiter (Bergbau, Südkohlenbau) den Achtstundentag, für alle übrigen Berufs nach Vereinbarung den Achtstundentag vor. Die sozialistischen Parteiführer sind für dieses Gesetz. Trotzdem magt man aus Furcht vor den Radikalen nicht dieses Gesetz mitdurchzubringen, sondern bringt aus der Regierung heraus und überläßt das Arbeitszeitgesetz seinem Schicksal. Damit hatten die Sozialisten auch die Arbeiterkassen ihrem Geschick überlassen, die ohne gesetzlichen Schutz jetzt dem mächtigen Unternehmertum gegenüberstand.
2. Vor dem Zustandekommen der Berliner Vereinbarung unterschrieben gerade die radikalen Mitglieder des D. M. B. Reverse von Hüttenwerken auf Verkriegsarbeitszeit. In Oberhausen gehen sie, geführt von drei sozialistischen Betriebsräten in den Betrieb. In Hamm, Dinslaken und anderen Orten ist es genau so.
3. Der Bezirksrat der Volk vom D. M. B. unterschreibt in Berlin die Vereinbarung über die Arbeitszeit. Aus Angst vor den Radikalen erklärt er aber, er habe ja nur ein Protokoll unterschrieben.
4. Im Beisein von Hauptvorstandsmitgliedern des D. M. B. steht man sich in Bochum in der Frage der Urabstimmung über die eigenen faktuarischen Anordnungen über Abstimmen hin- und her, weißt vor der radikalen Welle zurück und überläßt die ruhig denkenden Kollegen im D. M. B. dem Terror.
5. Man propagiert innerhalb des D. M. B. den Generalkrieg im Ruhrgebiet und schließlich dann im bekannten „Mannesmann vor Königsthor“ hin- und her zum „Schwarzmaier Klöbner“, um ihn zu bitten, doch wenigstens als „Zuhörer“ an den Lohnverhandlungen teilnehmen zu können.
6. Am 29. Januar beschloß eine Bezirkskonferenz des D. M. B. in Ruhrgebiet: „Es ist der Konferenz nicht möglich, den ihr angehörigen Mitgliedern die Fortsetzung des unter schwierigen Verhältnissen geführten Widerstandes zu empfehlen.“ Ein

paar Sätze weiter heißt es: „Den Düsseldorf Kollegen, die den Widerstand weiter fortsetzen, wird weitgehende moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert!“ Was sagt die Arbeiterkassen zu einer solchen gewerkschaftlichen Taktik? So was nennt sich sozialistisch.

Unsere Kollegen mögen die klare, verantwortungsvolle Haltung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes mit den feigen, erbärmlichen Taten des D. M. B. im Ruhrgebiet vergleichen und hinsichtlich der Aufklärung und Gewinnung der fast organisierten ihre Konsequenzen daraus ziehen. Das muß heute eine Hauptaufgabe sein. Vor allem muß dem Verbandsrat der „Einheitsorganisation“, nachdrücklich entgegengetreten werden. Mit diesem radikalen Gebilde kann sich eine denkende Arbeiterkassen aus grundsätzlichen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus nicht zusammensetzen. Für einen christlich denkenden Metallarbeiter gibt es nur den christlichen Metallarbeiterverband.

„Internationale Lohnverhandlungen“

In Nr. 80 der „Essener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht die Bezirksleitung des D. M. B. einen Artikel, welcher die furchtliche Ueberlieferung trägt: „Noch einmal die internationale Lohnverhandlungen in der Metallindustrie Nordwest“. Wenn schon die Ueberlieferung auf die geistige Verfassung der Herren an der Bezirksleitung des D. M. B. allerhand Schlüsse zuläßt, so beweist der Inhalt des Artikels, daß es im D. M. B. toll aussehen muß.

Es wird in dem Artikel festgestellt, daß es nicht an dem bösen Willen des D. M. B. gelegen habe, wenn er nicht an den Lohnverhandlungen teilgenommen hat, sondern daß der Arbeitgeberverband verhandelt hat, die Vertreter des Verbandes am 11. 1. 24 von den Lohnverhandlungen ausgeschlossen hat, ferner, daß der D. M. B. zu den Verhandlungen am 18. 1. 24 nicht eingeladen wurde und am 18. 1. 24 noch vom Arbeitgeberverband oder sonst irgend-einer anderen Stelle benachrichtigt worden sei. Soweit der 11. und 16. Januar in Frage kommen, stimmen die Angaben in diesem Artikel, dann aber verfährt man sofort wieder in den alten Fehler der Unwahrhaftigkeit und serviert der Öffentlichkeit erneut zwei Unwahrheiten.

2. Unwahrheit: Der D. M. B. habe zufällig Nachricht von der Verhandlung am 18. 1. 24 in Dortmund erhalten. Die Unrichtigkeit dieser Angaben bestätigt ein Artikel in der „Arbeiter-Tribüne“ Nr. 18, wonach auf einer Bezirkskonferenz des D. M. B. in Hagen von dem Bezirkssekretär Kleeber berichtet wurde, daß man bei dem „Schwarzmaier Klöbner“ vorstellig geworden sei, um als Zuhörer an den Lohnverhandlungen teilnehmen zu können. Diese Feststellung ist für uns und unsere Mitglieder insofern interessant, weil dieselben Führer nach außen viel Gerede von einem Generalkrieg machen, hintenherum aber den Arbeitgeberverband anstehen, sie doch wenigstens als Zuhörer bei den Lohnverhandlungen zuzulassen.

2. Unwahrheit: In dem Artikel wird dann trotz besseren Wissens wieder behauptet, der Vertreter des D. M. B. Schmidt aus Dortmund sei auf Antrag der Christen am 18. Januar 1924 herauskomplimentiert worden. Es sei nochmals festgestellt, daß der Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Burgard Schmidt vom D. M. B. als Zuhörer abgelehnt hat, ihn aber als Verhandler zuzulassen, letzteres vom Arbeitgeberverband aber abgelehnt wurde. Bei dem wüsten Durcheinander, das gegenwärtig im D. M. B. herrscht, wollen wir mildere Umstände gelten lassen und sind auf neue „Glanzleistungen“ der Bezirksleitung des D. M. B. gespannt. Wenn der D. M. B. im Ruhrgebiet nur halbsoviel vernünftige gewerkschaftliche Arbeit leisten wollte, wie er Phrasen dreht und Unwahrheiten in die Welt setzt, es stände um die Interessenvertretung der Gesamt-Metallarbeiterkassen besser.

Zur Auswahl der Betriebsvertreter

In diesen Tagen sind 4 Jahre verflossen, seitdem das so heiß umkämpfte Betriebsratsgesetz in Kraft getreten ist. Da die jährliche Neuwahlen leider noch immer bestehen, so stehen wir auch jetzt wieder vor denselben. In dem besetzten Gebiet war im vorigen Jahre von diesen ordnungsmäßigen Neuwahlen Abstand genommen worden und es fanden dieselben nur im unbesetzten Gebiet statt. Heute liegt ein großer Teil Betriebe noch still, aber sie sind nur zum Teil besetzt. Aus diesen Erwägungen heraus wurden Stimmen laut, die Neuwahlen der Betriebsräte entweder noch einmal auszuschieben oder hinauszuschieben. So berechtigt diese Stimmen sind, so notwendig ist es jedoch für eine Menge von Betrieben, die Neuwahlen baldigt vorzunehmen, denn diese von diesen Leuten haben überhaupt kaum noch eine Betriebsvertretung oder die Betriebsvertretung hängt in der Luft. Ob an den diesjährigen Wahlen nochmal durch das Reichsarbeitsministerium eine Veränderung vorgenommen wird, ist beim Schreiben dieser Zeilen nicht bekannt. Wir tun deshalb vor, diese Wahlen überall kräftig und geschickt vorzubereiten.

Die zukünftigen Betriebsvertreter haben eine besonders schwere Belastungsprobe zu meistern. Es gilt zunächst unser wirtschaftliches Elend, sowie die mögliche Erfüllung der Reparationsbedingungen, durch unsere Mitarbeit zu beheben. Unsere Eisen- und Metallindustrie muß uns erhalten bleiben. Sie ist zur möglichst alten Blüte weiter zu entwickeln. Soziale Reaktion, schamacherische und sonstige Beschränkungen zur Rechtlosmachung der Arbeiter, sowie die Verfestigung der Trümmerhaufen, die uns der Sozialismus, Kommunismus und die „freigewerkschaftliche Bewegung“ befeuert, erfordern nicht weniger den Einsatz unserer vollen Kräfte. Um so mehr auch, als durch diese Ueberpannungen von oben und unten weite Arbeitermassen, und zumal die Radikalsten, wieder ins Lager der Kopfhänger, der Mißmachter, der Unorganisierten zurückgeführt sind. Diese Elemente werden in Zukunft wieder die größten Bremskräfte der Arbeiterinteressenvertretung und besonders einer guten Betriebsratsvertreter sein.

Aus diesen Erwägungen heraus werden da und dort schon Stimmen laut, die bezüglich Betriebsratsfähigkeit nicht mehr mitmachen wollen. Eine solche Schlappe wäre Selbstmord.

Arbeiterinteressen und der Arbeiterrechte. Einen größeren Gewinn könnte der Arbeitgeber gar nicht getan werden, als wenn die intelligenten, besten und erprobten Arbeiter ihre Wählbarkeit abgeben und die Massen sich nicht mehr an den Wahlen beteiligen würden. Die Arbeitgeberseite hätte dann ja erhalten, und zwar durch die Gleichgültigkeit der Arbeiter. Nicht was ihr als höchstes Ziel dünkt. Im übrigen liegt zur Mutslosigkeit kein Anlaß vor die gesetzliche Sicherung der Räte wird wieder voll inhaltlich zur Geltung gebracht werden müssen und wenn die Massen und starken Verbände hinter uns stehen, dann haben wir durch die Selbsthilfe den besten Schutz und Schirm. Auch die notwendigen Opfer für die Rätebestrebungen müssen gebracht werden. Zeigte die Arbeiterklasse diese Mutslosigkeit, diesen Mut nicht mehr, und würde sie sich an den erforderlichen Opfern vorbeibrücken, die in ihrem ureigensten Interesse notwendig sind, dann würde sie damit das sittliche und das geistliche Verbrechen auf Unkenntnis und Willkürbestimmung verurteilt haben, ebenso auch die Berechtigung zur Beschwerde und zum Vorgehen nach Mitleid. Eine solche Mitleidbestimmung ist vornehmlich im sozialistisch-kommunistischen Lager wahrzunehmen und hier ist sie auch vorläufig, denn auf diesem Wege war das Gelingen vorzusehen.

Unsere Stunde ist daher gekommen um als christliche Gewerkschafter etwas Besseres an die Stelle der rabiaten Vandalenrotterei zu setzen und zu retten, was noch zu retten ist. Auf Grund unserer gefundenen grundsätzlichen Einstellung, durch unsere nüchternen Taktik, sowie durch unsere Pflichtenklärung gegenüber Betrieb und Wirtschaft, können und müssen wir auch unter solchen Umständen bestehen. Wir halten keine blutigen-radikalen Versammlungen ab, lehnen auch wilde Paraden, Demonstrationen usw. ab, aber bei allen Verhandlungen und wo sonst die Arbeiterinteressen zu vertreten sind, da stellen all unsere Vertreter ihren Mann. Infolgedessen erzielen wir auch größere Erfolge, wabingegen der Rabiatismus die Arbeiterkraft nur geschwächt hat. Bei den kommenden Betriebsrats-Neuwahlen müssen wir daher besonders weiter kommen. Dieses Ziel erreichen wir, wenn wir folgendes bei den Wahlvorstellungen beachten:

1. Die Aufstellung guter, charaktervoller, sachkundiger und einflussreicher Kandidaten;
2. in jedem Betrieb, wo wir mit wählbaren und wahlberechtigten Mitgliedern in Frage kommen, müssen wir eine eigene Vorschlagsliste einreichen. (In Betrieben wo wir schwach vertreten sind, brauchen wir die volle Zahl der zu Wählenden nicht. — Wahlverständigungen mit gegnerischen Verbänden sind grundsätzlich zu unterlassen.)
3. Ueber gewerkschaftsfeindliches, Spartakisten-, Unorganisierten- und Egoisten-Wahlvoranschlags-Listen ist die nachdrücklichste Aufklärung zu schaffen und
4. müssen am Tage der Wahl die Massen an der Wahlurne erscheinen um eine gute Betriebsvertreterfähigkeit überhaupt ermöglichen zu können.

St die Arbeiterschaft dann nicht mit Blindheit geschlagen, so dürfen wir mit voller Hoffnung und mit festem Vertrauen auch dem kommenden Ausgang der Betriebsratswahlen entgegen sehen. Darum: ans Werk! denn unsere Stunde ist gekommen!

Lohnpolitische Anschauungen

„Unentwegt“ im Unternehmertum sind davon, den Lohn der Arbeiterschaft möglichst herabzudrücken. Der Arbeitgeberverband in Thüringen empfiehlt seinen Mitgliedern, nicht mehr als 3. Zweidrittel der Friedenslöhne auszugeben, angeblich weil nicht mehr tragbar sei. In Wirklichkeit aber — Spiegelberg, wir kennen auch — ist es die bekannte schamlose Einstellung, die den Arbeiter in das Vorkriegsjahr einspannen möchte. Es regnet Schlagwörter, wie Unrentabilität der Betriebe, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt. Man glaubt mit möglichst niedrigen Löhnen eine Wirtschaft aufbauen zu können. Ob sich die Herren denn auch darüber klar sind, daß bei den zurückgeschraubten Löhnen auch die Konsumfähigkeit der Bevölkerung im gleichen Maße abnimmt? Wer soll aber dann die Waren, die in Deutschland hergestellt werden, kaufen, wenn nicht die Massen der arbeitenden Bevölkerung? Indem man aber ihre Kaufkraft schmälert, erreicht man genau das Gegenteil dessen, was man wollte. Statt Aufschwung der Wirtschaft, Niedergang, weil keiner die Produkte kaufen kann, ein Gedankengang, der jedem wirtschaftlich vernünftig Denkenden klar sein sollte. Auch den Syndicats der Arbeitgeberverbände und manchem Unternehmer.

Da ist es nun sehr interessant, den Standpunkt eines Industriellen aus der Fertigungsindustrie kennen zu lernen, der in der „Kölnischen Zeitung“ vom 6. Februar u. a. folgendes sagt:

Abgesehen davon, daß man es der Maß der Verbesserung nicht zumuten kann, auf Jahrzehnte ein (durch rigorosen Lohnabbau) einengendes Dasein zu führen, wäre es auch aus wirtschaftlichen Gründen falsch, eine derartige Sparmaßnahme zu treffen zu wollen. Man wird erwidern, Hauptzweck sei zunächst einmal, billig zu erzeugen, um vor allem die Ausfuhr wieder in Gang zu bringen. Es ist darauf zu erwidern, daß es vollkommen unmöglich ist, auch nur die Hälfte der in Deutschland hergestellten Waren auszuführen, selbst wenn überhaupt keine Arbeitslöhne für diese Waren gezahlt zu werden brauchten. Es werden in Deutschland soviel Waren hergestellt, für die nach dem Auslande infolge der Zollbarrieren eine Ausfuhrmöglichkeit selbst bei gedrücktesten Löhnen nicht vorhanden ist. Es bleibt sehr vielen Industrien aus den verschiedensten Gründen gar kein anderes Hauptabgabefeld als das Inland übrig, und diese Industrien, die bei dem Abzug ihrer Produkte auf das Inland angewiesen sind, haben das größte Interesse daran, daß die Massen der Bevölkerung konsumfähig erhalten bleiben. Derartige Ermäßigungen mögen bei der Schwerindustrie und beim Bergbau nicht so häufig angebracht werden wie bei denjenigen Industrien, die täglich vor Augen sehen, daß sie nur bei einem noch einigermaßen lauffähigen Bevölkerung überhaupit weiterbestehen können. Deshalb muß der Lohn, den den Lohnabbau in vernünftigen und erträglichen Grenzen zu halten, nicht nur wegen der davon betroffenen Arbeitnehmer, sondern auch, und zwar ebenso sehr wegen des Verbraucherinteresses des größten Teils sämtlicher Betriebe. Sorgen wir dafür, daß einengende Bestimmungen in Gesetz und Tarifverträgen, welche die rationelle Produktion hindern verschwinden, und sorgen wir vor allem dafür, daß erstklassige Qualitätsarbeit geleistet wird bei angemessenen und auskömmlichen Löhnen, die auch gezeit sind die Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer zu heben, ohne welche kein Betrieb auf die Dauer vorwärts kommt.

Wenn man auch mit dem Industriellen, hinsichtlich des sehr vorzüglich ausgedrückten Satzes von „einengenden Bestimmungen in Gesetz und Tarifverträgen“ nicht einverstanden sein kann, so sind die Ausführungen im allgemeinen doch außerordentlich beachtlich. Sie denken sich mit den Andeutungen des großen amerikanischen Industriellen Ford, der in seiner Lebensgeschichte schreibt:

„Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die niederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abwälzen. Jede Depression auf dem Markt muß ein Ansporn für den Produzenten sein, mehr Gehalt in sein Geschäft zu stecken — durch Umsicht und Organisation zu gewinnen, was andere durch Drücken der Löhne zu überwinden suchen.“

Hohe Löhne helfen die Kosten zu verringern, weil die Leute in ihrer Arbeit tüchtiger werden wenn sie keine Geldsorgen haben.

Die Einführung des Mindestlohnes von 5 Dollar für einen achtstündigen Arbeitstag war einer der klügsten Schritte in der Preisabbaupolitik, die wir je getan haben. Hohe Löhne sind das einträglichste aller Geschäftsprinzipien.“

Der letzte Satz sollte in den Büros der Herren von Kohle und Eisen angebracht werden aber auch in der Fertigungsindustrie nicht vergessen werden. Denn diese bezahlt tatsächlich heute vielfach Löhne, die unter dem Kulturniveau liegen. Die Arbeiterschaft in Deutschland muß sich aber bewußt sein, daß ihr angemessene Löhne nicht wie gebotene Tauben ins Maul fliegen sondern daß sie erkämpft werden müssen. Wenn heute in manchen Gebieten niedrige Löhne herausgeholt sind, dann deshalb, wenn die Gewerkschaftsbewegung am Orte entweder verradikalisiert oder infolge der Laune der Arbeiterschaft zurückgegangen ist. Das mag auch unsern Kollegen zu denken geben.

Verbandsgebiet

Südwestdeutschland. Mit dem Sinken des Frankfurterles steigt naturgemäß im Saargebiet nach „Drückern“ Vorbildern auch die Leuerung. Von Ende September 1923 bis Anfang Januar 1924 war eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung um 37 Prozent zu verzeichnen. Dieser steigenden Leuerung halten die Löhne nicht im entferntesten Schritt. Unter Hinweis auf die angeblich von den Arbeitern und ihren Vertretern nicht nachsprüchenden „schlechte“ Lage der Industrie lehnen die französischen und deutschen Unternehmer jede Lohnhöhung ab. Seit November haben die Organisationen in einer Lohnbewegung bis zum Anfang Januar der amtliche Schlichtungsanstalt (der in der Praxis eine verkleinerte Verhandlungskommission bildet) mit den Forderungen der Arbeiterschaft befaßt. In einer siebenstündigen Sitzung gab der Schlichtungsausschuß ein Mäuslein in Gestalt eines Schiedspruches, der eine

Lohnhöhung von 1 Franken pro Schicht für die Vollarbeiter vorsah. Da im Saargebiet Schiedsprüche nicht für verbindlich erklärt werden, also die Entscheidung in der Lausitz hängt es von den Unternehmern ab, ob sie den Spruch annehmen oder nicht. Um den Unternehmern einen Vorwand zur Ablehnung zu geben, schrieb die im Saargebiet erscheinende, in Frankreich gedruckte, kommunistische Arbeiterzeitung, am 11. Januar, die Arbeiter sollten den Spruch ablehnen! Man sieht sich an den Kopf und fragt sich, ist ein derartiger Rat Dummeheit oder Verbrechen? Also die Arbeiter sollen schnell diese Schiedsprüche nicht annehmende Lohnhöhung ablehnen, mit Nichts zufrieden sein, damit die Unternehmen sagen können „ja wir hätten den Spruch angenommen, nachdem aber die Arbeiter abgelehnt haben, lehnen auch wir ab.“ Damit ging wohl der Arbeiter frei aus, die Kommunisten aber haben erreicht, daß sie Arbeiterinteressen „vertreten“ können. Arbeiterkollegen fragt nur nicht wie.

Was sollst du lesen

Unsere wirtschaftliche Lage, die Umstellung der Arbeitszeit, die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen mit Arbeitgeber, Betriebsleitern und anderen mit der sozialistisch-kommunistischen Bewegung, all diese Verhältnisse bedingen, daß sich unsere Mitarbeiter und Mitglieder mit dem erforderlichen Wissen ausrüsten müssen. Zu manchem früheren Material ist dabei wieder zurückzugreifen und sei hier auf folgende Schriften aufmerksam gemacht.

1. „Der Arbeiterschutz in der geschichtlichen und rechtlichen Entwicklung“ von dem Verbandsleiter des Saargebietes, dem Verfasser der „Arbeitszeit“.
2. „Die Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben der Großindustrie“ von demselben Verfasser (siehe Schriften an h. a. eine Beschreibung der Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben mit folgender Unterteilung: 1. Das System für Ofenbedienungs-mannschaften; 2. das Dampfer-System für Gaswerke; 3. das Turbinen-System; 4. das Reaktor-System; 5. das Schmelz-System für Hochofenbetriebe. Es wird heute versucht auf diese Systeme wieder zurückzukommen, die deshalb gefammt werden müssen.)
3. „Arbeitszeit für Arbeiter und Wirtschaft“ von dem Verfasser der „Arbeitszeit“. Es enthält die Unterfertigung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke nach dem A. R. G. und Nr. 6 die wirtschaftlichste Entfaltung der menschlichen Arbeitskraft nach dem A. R. G.
4. „Im den Achtstunden“. Diese im Frühjahr 1920 erschienen: Broschüre unseres Kollegen Maurer behandelt u. a. die Länge der Arbeitszeit nach dem Kriege, Vorgeschichte, Einführung, Licht- und Schattenseiten des Achtstundentages und Möglichkeiten der Produktionssteigerung.
5. „Sozialisten und Kommunisten gegen den Achtstundentag“. Aus dem 30 Quellen weist die Schrift nach, wie aus jenem Lager die Unhaltbarkeit des schematischen starren Achtstundentages gekennzeichnet und öfters eine so lange Arbeitszeit gefordert wird, die in der Tat eine Zurückweisung verdient.

Sämtliche Schriften sind einzusehen oder zu beziehen, so lange der Vorrat reicht, entweder bei unseren Sekretariaten oder bei unserer Hauptgeschäftsstelle, Duisburg, Stapellor, 17.

Bekanntmachung

Am Sonntag, 17. Februar, ist der 8. Wochenbeitrag fällig. Aus Raumangel mußten einige Berichte und Artikel zurückgestellt werden.

In keinem Haushalt sollte eine Schwarzwälder Kuckucksuhr fehlen!
Ich liefere solche in Frieden-qualität, Höhe 30 cm, prachtvoll geschnitten, solid u. dauerhaft gearbeitet, mit Messingwerk, halbsündlich einmal und stündlich die volle Stundenzahl „Kuckuck“ rufend, für nur **Reichsmark 12,60** pro Stück. Versand p. Nachn. Porto u. Verpackung nicht berechnet. Zahl. treu. Danksch. Bestell. Sie sof. bev. der Vorrat verkauft ist.
Erich Lutz, Leipzig-R. 3 Elsasstr. 6
Postcheck-Konto 58045 Leipzig.

Neu erschienen: Ritter Taschenbuch
für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk b. Breslau. Preis **3,50 G.-M.**

BÜCHER technische Verzeichnisse
kostenlos
Dr. Max Hänecke, Leipzig, Hospitalstraße 10.

Lenin und der Bolschewismus

Vor einigen Tagen starb der Diktator Russlands, Lenin. Wenn wir seiner an dieser Stelle gedenken, dann deshalb, weil Lenin, wie kein anderer die Unmöglichkeit des Kommunismus gesellschaftlich und wirtschaftlich an seinem eigenen Werk bewiesen hat. In einer Zeit, wo der Kommunismus sich wieder breit macht, erscheint es notwendig, im Zusammenhang unserer Kollegen Lenin und sein System nochmals vor Augen zu führen.

Mit Lenin ist vor einigen Tagen der ausgeprägteste Typ eines autoritären Revolutionärs seit Marx dahingegangen. Als im April 1917 Lenin mit 30 seiner Genossen im verschlossenen Eisenbahnwagen von der Schweiz durch Deutschland nach Rußland überfuhr, war es durch das „Reiterkreuz der Revolution“ die deutsche Waffen — nach Meinung der obersten Seeresleitung — zu entschlüsseln, ohne niemand in der untersten, breiten Gestalt mit dem tatarischen Gesichtsausdruck die gewaltigste revolutionäre Persönlichkeit des neunzehnten Jahrhunderts, Hunderttausende flüchten ihm Hunderttausende verehren ihn, Hunderttausende betrachten sein Werk kritisch, aber wie sehr auch sein Charakterbild in der Geschichte schwankt, an keiner Person und an keinem Tag kann seine Politik, seine Wirtschaft und seine Geistesströmung vorbeigehen.

Die kommunistische Wirtschaft, und Gesellschaftsform sollte nach dem Siege über Kerenski und die Bolschewiki am 7. November 1917 verwirklicht werden. Lenin handelte damals auf dem Boden Petersburg, der „arabischen und abstraktesten Stadt Rußlands“, wie Dostojewski sie einmal bezeichnete, und aus ihrer abstrakten Atmosphäre sollte sich die Diktatur des Proletariats als die Uebergangsform zur neuen Gesellschaft zeigen. Wirtschaftlich vollzog sie sich durch Uebernahme sämtlicher Zweige von Industrie, Handel und Gewerbe in Staatsregie; der Staat wurde Ordner, Lenker, Verteiler und Schlichter aller Produktion; nach dem Ausmaß seiner Betätigung sollte jeder Arbeiter Lohn und Brot empfangen. Die oberste Direktion in den Werken gaben die politischen Arbeiterräte; der Achtstundentag trat auf Befehl in Kraft, die Frauenarbeit wurde abgeschafft. Politisch vollzog sie sich durch die Uebernahme der Gesamtgewalt der militärischen, legislativen und exekutiven Gewalt durch die Sowjets, in denen durch ein rationiertes Wahlsystem von vornherein ein Ueber-

gewicht der Bolschewiken gesichert war. Sozial sollte sie die „Expropriation der Expropriatoren“, die Aneignung der Vermögen durch das Proletariat, die Aufhebung des Privateigentums die Abkündigung aller gesellschaftlichen Unterschiede bringen.

Was hat der Bolschewismus erreicht? Eine qualvolle Saat an Tränen, Blut, Verwüstung, Zerstörung, geistigen Niedergang, moralischen Ruin, Hungersnot, nur gestillt durch eine bis zum Letzten fähige rote Armee. Von dem stolzen Worte, das Trotski 1918 vor den laufenden Arbeitermassen stieß und herrlich aussprach, von jenem stolzen Wort: „Mögen uns die Pfaffen aller Religionsbekenntnisse von dem Paradies in jener Welt erlösen, wir aber sagen, daß wir den Menschen auf dieser Erde ein neues Paradies schaffen wollen“, ist auch nicht ein Wort Wahrheit geworden.

Die kommunistische Idee hat das sozialistische Proletariat zu einem Massenegoismus erzogen der um garrisches Mitleid besser ist als der Individualismus des Mandarineriums. Sie handelt in der Meinung, als läme es uns auf die Regelung der Produktion und Konsumtion an, als sei die soziale Struktur nichts anderes als die gleichmäßige Anordnung von Menschenatomen die zum Essen und Trinken da sind, aber sonst keinen Lebenszweck haben. Darin liegt die größte Degradierung des Menschen.

Ueber allem stand bei den Bolschewiken das Prinzip; sie verkörbten sich mit einem Fanatismus in dasselbe, der nur aus der russischen Seele erklärbar ist. Die Idee des Bolschewismus, daß jeder Arbeiter, der lesen und schreiben könne, zur Uebernahme eines industriellen Betriebes geeignet sei, hat sich als falsch erwiesen. Der Kapitalismus hat durch seine fortschreitende Konzentration der Betriebe die Leistung nicht vereinfacht sondern kompliziert. Der Bolschewismus hatte daher erheblich das Maß an Wissen, Ueberblick, Berechnung und geistiger Konzentration, das zur Leitung eines Großbetriebes und zur dauernden Anstellung an die Fortschritt des Produktionsstandes erfordere ist, unterschätzt.

Das System des Kommunismus hat in einer fürchterlichen Weise abgewirtschaftet. Die Produktionsmenge Rußlands war auf den Nullpunkt gesunken und die Länder befanden sich im Zustande ständiger Hungersnöte. Lenin mußte einsehen, daß Wirtschaftssysteme nicht aus der Erde gestampft werden können, sondern sich organisch entwickeln müssen. Er mußte beim sozialistischen System wieder aufhören, und er tat das mit der Härte und Brutalität eines Führers, der sich verantwortlich fühlt. Von dem Tage der wirtschaftlichen Umkehr Lenins an stand die Opposition mit Trotski auf, die erklärte, nur die restlose Ausschöpfung des Marxismus könne dem Kommunismus helfen. Als ob des Fortschritts in Rußland nicht genug gesehen wäre!

Lenin ging seinen Weg. Er nahm den Arbeiter- und Betriebsräten eine Funktion nach der anderen, setzte Betriebsleiter mit diktatorischen Kräften ein, hinter denen als warnendes Zeichen die gefährdete Arbeiter stand. Er deklarierete den Streik als gegenrevolutionär und ließ auf streikende Arbeiter schießen. Sinowjew erklärte, diejenige Gewerkschaft handle in wahrhaft kommunistischem Sinne, die jeden Streik unterbinde. Die 10- bis 14stündige Arbeitszeit wurde schon 1920 eingeführt, die Frauen- und Kinderarbeit folgte; das Taylorsystem wurde in den Fabriken durchgekehrt, das Akkordsystem als Selbstverleumdung betrachtet, die Todesstrafe wieder eingeführt, die Landverteilung aus dem Staatsbesitz in den Privatbesitz der Bauern als Mittel zur Förderung der Schöpfung landwirtschaftlicher Produktion betrachtet und hunderttausende Desertanten Landes an amerikanische Kapitalisten, an Krupp und Stinnes zur Ausbeutung übergeben.

Lenin hat — im schärften Gegensatz zu seinen Parteigenossen — diese neue Wirtschaftspolitik zu treiben begonnen mit dem unfehlbaren Erfolge zwar, daß Rußlands Wirtschaft sich langsam zu heben beginnt. Das für die russische Arbeiterschaft übrig geblieben ist, hat ein paar Scherben einer sozialen Erleichterung, die in Wirklichkeit nur mit der Sozialpolitik der westlichen europäischen Staaten verglichen werden kann.

Die russische Arbeiterschaft und die russische Gesellschaft im allgemeinen hat erfahren müssen, daß jede wirtschaftliche und politische Revolution kurzweilige, unheilvolle Wirksamkeit in sich schließt und die unteren Schichten stets die wirklich Notleidenden dabei sind. Der praktische Wirtschaftspolitik betreiben will, der muß weg vom rabiaten Doktrinarismus und seine Richtung auf die praktischen Aufgaben des Lebens nehmen. Lenin tat den Schritt, und er tat ihn in ebenfolcher Härte, wie er 1917 die russische Revolution weitertrieb. Er tat ihn in Unterbindung der oppositionellen Kräfte um Trotski, Nadel, Sinowjew so daß diese ultrakommunistische Gruppe heute den Ruf nach „Demokratisierung des Bolschewismus“ erhebt. Diese Demokratisierung soll aber nur dazu dienen, der reaktionären Opposition im Kommunismus zu neuem Leben zu verhelfen, und das hat zum Glück für die russische Wirtschaft Lenin verhindert.

Ob der Kurs Lenins weitergeführt wird, in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, bleibt bei der rivalität der Führer und den minderen Kräften abzuwarten. Sie haben noch hervorragende vorläufige Wirtschaftler wie Krassin, Komonow, Taliter wie Nadel, Romanow, Organisatoren wie Trotski; aber das kommunistische Rußland hatte nur ein Führertalent, und das zeigte in unbewußt dämonischer Energie, daß der Bolschewismus Unfug ist.